

Klaus Eichner
Gotthold Schramm
(Hrsg.)

TOP-SPIONE IM WESTEN

Spitzenquellen
der DDR-Aufklärung
erinnern sich

Das Neue Berlin

Sämtliche Inhalte dieser Leseprobe sind urheberrechtlich geschützt. Sie dürfen ohne vorherige schriftliche Genehmigung weder ganz noch auszugsweise kopiert, verändert, vervielfältigt oder veröffentlicht werden.

ISBN 978-3-360-01310-1

Überarbeitete Neuausgabe

© 2016 (2008, 2003) Verlag Das Neue Berlin, Berlin

Umschlaggestaltung: Buchgut, Berlin

unter Verwendung eines Motivs von ullstein bild/Vario-Press

Die Bücher des Verlags Das Neue Berlin
erscheinen in der Eulenspiegel Verlagsgruppe.

www.eulenspiegel-verlagsgruppe.de

Über dieses Buch

Die Hauptverwaltung Aufklärung, kurz HVA – der Auslandsnachrichtendienst der DDR –, positionierte etliche Spione in den Schaltstellen westdeutscher Politik und Wirtschaft: BND, Auswärtiges Amt, Bundestag und Europa-Parlament, Verteidigungsministerium und NATO-Hauptquartier, selbst die Kernforschung war infiltriert. Die meisten dieser Agenten handelten aus Idealismus und hofften, zum Nicht-Eskalieren des Kalten Krieges beizutragen. Für dieses Buch erzählen sie ihre Geschichte: Wurden sie rekrutiert oder gingen sie aus eigenem Antrieb zum Geheimdienst? Wie lebten sie als Spione? Welche zwischenmenschlichen, moralischen und emotionalen Schwierigkeiten brachte ihre Tätigkeit mit sich? Und was geschah nach ihrer Enttarnung? Einige der Mitwirkenden sind mittlerweile verstorben – ihr Zeugnis ist umso wertvoller.

Über die Herausgeber

Klaus Eichner, geboren 1939, ist Diplom-Jurist und war von 1957 bis 1990 Mitarbeiter des MfS – zunächst in der Spionageabwehr, später in der HVA. Dort wirkte er seit 1974 als Analytiker, spezialisiert auf US-Geheimdienste. Ab 1987 Leiter des Bereichs C (Auswertung und Analyse) der Abteilung IX (Gegenspionage).

Gotthold Schramm, geboren 1932, ist Diplom-Jurist und war von 1952 bis 1990 Mitarbeiter des MfS, seit 1954 in der HVA (mit einem Intermezzo bei der Spionageabwehr 1963–1969). Ab 1969 verantwortlich für die Sicherheit der DDR-Auslandsvertretungen, zuletzt als Stellvertretender Leiter der Abteilung IX, ab 1986 Leiter der Abteilung XVIII (Zivile Verteidigung).

Inhalt

- 9 — Vorwort von Werner Großmann und Wolfgang Schwanitz
- 17 — Johanna Olbrich: Ich wurde Sonja Lüneburg
- 29 — Ulrich Steinmann: Rüstungswettlauf
- 43 — Hans-Joachim und Marianne Bamler:
Die erste NATO-Residentur
- 49 — Karl Gebauer: Projekt »Tenne«
- 67 — Rainer Rupp: NATO: mittendrin
- 82 — »Harry«: Auch in der Haft nicht allein
- 94 — Klaus von Raussendorff:
Die Schlacht ist noch zu gewinnen
- 115 — Heinz H. Werner: Die »Kunst« des Dechiffrierens
- 119 — Doris und George Pumphrey: Ein langer Weg zur DDR ...
- 132 — Alfred Spuhler:
Ein Brief an die Familie und an die Freunde
- 149 — Ludwig Spuhler: Peter und Florian – das Top-Team
- 155 — Dr. Harald Gottfried: Unmittelbar am Reaktor
- 160 — Dr. Johannes Koppe: Janusköpfige Atomforschung

- 178 — Dieter Popp:
Asriel und Aurikel – Primeln wachsen auch im Geheimen
- 187 — Klaus Kuron: Vom BFV zur HVA
- 201 — Inge und Heinz Baude: Zwei aus der »Aktion 100«
- 208 — Dieter W. Feuerstein: »Die Toten bleiben jung«
- 249 — Heinz D. Stuckmann: Die große Kaderschmiede
- 268 — Hans Voelkner: ... und wieder in Paris
- 277 — Dr. Gabriele Gast: Isolationsfolter
- 283 — Wolfgang Hartmann: Wolff war's nicht, es war Wolf
- 308 — Herbert Willner: Als Ghostwriter Verheugens
- 324 — Peter Wolter: Agentenromantik?
- 348 — Günter und Christel Guillaume:
Im Dachstübchen des Olymp
- 355 — Dieter Görtsdorf:
Von der Volksmarine zur Bundesmarine und zurück
- 370 — Lorenz Betzing: Im Regierungsbunker
- 376 — »Robert«: Ein Amerikaner in der BRD
- 394 — »Loni«: Spur = hinterlassenes Zeichen

Die uns allen gemeinsame Motivation bestand objektiv darin, einen Beitrag zum Schutz des ersten sozialistischen Staates in Deutschland zu leisten und damit dem Frieden zu dienen.

Wir haben, glaube ich, auch durch unsere Haltung nach der Niederlage zeigen können, dass die DDR-Auslandsaufklärung eine besondere moralische und politische Qualität hatte.

Botschaftsrat Klaus von Raussendorff

Vorwort

Seit nunmehr einem Vierteljahrhundert ist die DDR Geschichte. Ihr Auslandsnachrichtendienst und alle anderen Institutionen sind es auch. Wer bei politischem Verstand ist, hat viele Gründe, dies zu bedauern. Der wichtigste Grund – der auch den Anlass für diesen einmaligen Sammelband lieferte – ist die Tatsache, dass inzwischen der Krieg wieder als normale Fortsetzung der Politik praktiziert wird.

Der französische Sozialist Jean Jaurès (1859–1914) sah nicht als Erster und Einziger den kausalen Zusammenhang zwischen Kapitalismus und Krieg, aber er kleidete diesen in ein sehr überzeugendes Bild: »Der Kapitalismus trägt den Krieg in sich wie die Wolke den Regen.« Womit gesagt ist: Solange es Kapitalismus gibt, solange wird es auch Kriege geben.

Die Deutsche Demokratische Republik brach mit dem Kapitalismus in Deutschland, der Schwur der Überlebenden des Konzentrationslagers Buchenwald »Nie wieder Krieg! Nie wieder Faschismus!« wurde Staatsdoktrin. Womit die DDR zwangsläufig zur Zielscheibe kapitalistischer Staaten wurde, insbesondere jenes Nachfolgestaates des Deutschen Reiches, der ein einheitliches, antifaschistisch-demokratisches Deutschland verhinderte. Die existenziellen Auseinandersetzungen mit den alternativen Gesellschaften, die eine antikapitalistische Entwicklung einschlugen, nannten sie Kalten Krieg. Und dieser wurde, grundsätzlich betrachtet, nach den gleichen Prinzipien geführt, die Kaiser Wilhelm II. 1905 in seinem Neujahrsbrief an den deutschen Reichsaußenminister Bernhard von Bülow formuliert hatte: »Erst die Sozialisten abschießen, köpfen und unschädlich machen, wenn nötig, per Blutbad, und dann Krieg nach außen. Aber nicht vorher und nicht a tempo.«

Der Krieg »nach außen« wurde bis 1990 verhindert allein durch die Existenz eines zumindest militärisch gleichwertigen Wider-

parts, eines Bündnisses, das sich die Sicherung des Weltfriedens auf die Fahnen geschrieben hatte. Die Androhung wechselseitiger Vernichtung war zwar kein auf Dauer erträglicher Zustand, außerdem vernichtete die Rüstung Ressourcen, die den Völkern fehlten. Aber er wies den Kapitalismus in die Schranken. Diese fielen, als die Mauer fiel und der Warschauer Vertrag sich auflöste. In Europa wurde wieder geschossen. Zuerst auf dem Balkan – wie schon einmal 1914. Ab 1999 waren auch deutsche Soldaten dabei. Solange zwei deutsche Staaten existierten, hatte man sich solche Unverfrorenheit, eine solche Aggression nicht getraut ...

Diesen großen politische Bogen sollte man schon schlagen, um sich bewusst zu machen, welchen Beitrag die Spione der DDR – die wir zu ihrer Unterscheidung von den Agenten des Kapitalismus »Kundschafter« nannten – bei der Bewahrung des Friedens bis 1990 nachweislich leisteten. Und wir sollten auch sagen, dass sie dazu nur deshalb in der Lage waren, weil die sie führende Hauptverwaltung Aufklärung (HVA) zu einem Ministerium für Staatssicherheit gehörte, in welchem der Schutz des Friedens staatlich organisiert und koordiniert worden ist. Selbstredend gemeinsam mit anderen Institutionen, denn das MfS inklusive HVA stand nicht über anderen Einrichtungen der DDR, sondern es war Teil eines großen Ganzen.

Die Kundschafter, auch die der Militäraufklärung, kämpften in der ersten Linie, die keineswegs unsichtbar war, denn der Verlauf der Klassenfront war durchaus erkennbar. Und sie selbst blieben nur solange unsichtbar, wie sie nicht erkannt wurden. Falls sie jedoch enttarnt wurden, verhielt man sich so, wie es der deutsche Kaiser gefordert hatte: »abschießen, köpfen und unschädlich machen«. Horst Hesse, der 1958 aus einer Filiale des US-Nachrichtendienstes MID in Würzburg die Datei mit den amerikanischen Agenten in der DDR sicherstellte (was später die Vorlage für den DEFA-Film »For eyes only« lieferte), wurde in Abwesenheit zum Tode verurteilt; andere Kundschafter wie Hans Voelkner oder Marianne und Hans-Joachim Bamler wurden in französischen Kerker »unschädlich« gemacht, Christel und Günter Guillaume, Renate und Lothar-Erwin Lutze in Justizvollzugsanstalten der Bundesrepublik. Lutze war elf Jahre inhaftiert, ehe er 1987 ausgetauscht werden konnte. Er saß von allen am längsten.

All diese Genossen und unsere Gefährten wussten, wie hoch ihr Risiko war. Sie gingen es mit Bedacht ein, weil sie nicht nur von der Sinnfälligkeit ihres Tuns überzeugt waren, sondern auch von dessen Notwendigkeit. Daran änderte auch die Niederlage nichts, die wir 1989/90 erlitten.

Dieser Überzeugung blieben sie, blieben wir ebenso treu wie jene Kräfte der Konterrevolution, die obsiegten, der ihren: Sie machten die Sozialisten mit Hilfe der Justiz unschädlich, um »dann Krieg nach außen [zu beginnen]. Aber nicht vorher und nicht a tempo.« Es gab etwa dreitausend Ermittlungsverfahren, viele Kundschafter wurden zu langjährigen Haftstrafen verurteilt.

Die kapitalistische Justiz – die trotz gegenteiliger Bekundungen eine Klassenjustiz ist und bleibt – drängte sie an den sozialen Rand der Gesellschaft. Die Rentenkassen erledigten die Führungsoffiziere und die Mitarbeiter, die hinter diesen Kundschaftern in der DDR standen. Und die kapitalistische Propaganda besorgte die Gehirnwäsche. Das heißt: Sie dauert an, der Schaum, den sie schlägt, wird von Jahr zu Jahr gewaltiger. Inzwischen haben wir es mit einer ganzen Aufarbeitungsindustrie zu tun. Das Land ist überzogen von einem Netzwerk staatlicher oder staatlich alimentierter Einrichtungen, die jenen Generationen, die keine lebendige Erinnerung an die DDR haben, ein Bild von dieser »zweiten deutschen Diktatur« vermitteln sollen.

Dass diese Darstellungen falsch und verlogen sind, wissen alle, die dabei waren. Wir werden immer weniger, das ist der Lauf der Welt. Deshalb legen wir Zeugnis ab, solange es geht, darum gibt es Bücher wie dieses. Der alte Grundsatz »Wer schreibt, der bleibt« gilt unverändert. Dabei geht es nicht um Rechtfertigung. Wofür sollten wir uns »rechtfertigen«? Die Sicherung des Friedens bedarf keiner Begründung. Eher stehen doch wohl jene in der Pflicht zu erklären, warum sie nunmehr fortgesetzt den Frieden brechen.

Sie führen weltweit Krieg gegen den Terror, wie sie behaupten. Sollte man nicht besser nach dessen Ursachen fragen? Wurzeln diese nicht in Jahrhunderte währender kapitalistischer Bevormundung, Ausbeutung und Unterdrückung? Oder in der Zerschlagung staatlicher Strukturen, um einen »Systemwechsel« für höheren kapitalistischen Profit herbeizuführen? Wenn dann Unwissende auf Ungläubige treffen, finden religiöse Vorstellungen, die vor zweitausend

send Jahren herrschten, Zuspruch: Sie verheißen Glück und Zufriedenheit, die seinerzeit herrschten. Natürlich und mit Recht stößt das zu Beginn des 21. Jahrhundert auf Widerspruch, und alle Verbrechen, die sich auf antiquiertes Denken oder auf eine Religion berufen, sind zu verurteilen. Doch die Auseinandersetzung darf nicht die Frage nach dem Warum ausblenden. Das aber geschieht absichtsvoll. Sie wird weggebombt. Und hinter den Rauch- und Propagandaschwaden verschwinden auch andere Probleme.

Etwa die von Edward Snowden, einst Mitarbeiter der CIA, öffentlich gemachte Tatsache, dass die Geheimdienste der USA systematisch die Welt ausforschen. Ob Freund oder Feind, Verbündeter oder Gegner: egal, bespitzelt wird global. Seither dringen mehr und mehr Details an die Öffentlichkeit. Im Bundestag beschäftigt sich seit 2014 ein Untersuchungsausschuss mit der sogenannten NSA-Affäre, in dem auch die Kooperation des Bundesnachrichtendienstes mit den US-Spionageeinrichtungen ans Licht kam – ebenso wie die Tatsache, dass der BND gleichfalls EU-Partner abhörte. Als 2013 ruchbar wurde, dass die Amerikaner das Telefon der Bundeskanzlerin abhörten, empörte sich Angela Merkel: »Ausspähen unter Freunden, das geht gar nicht.« Zwei Jahre später kam heraus, dass der BND mit von der Partie war, er hörte die Freunde in Paris ab ...

Uns überraschte das nicht.

Dem Bereich Gegenspionage der HVA war es in den 80er Jahren gelungen, ein Dokument mit der Bezeichnung *National SIGINT Requirements List* (NSRL) sicherzustellen. Es handelte sich um eine weltweite Wunschliste der Intelligence Community der USA für die Fernmelde- bzw. elektronische Aufklärung. Federführend für dieses Dokument war die NSA. Darin festgehalten waren die Interessen aller US-Geheimdienste, die Wünsche des Weißen Hauses und einiger Regierungsorgane, etwa des Außen- und des Energieministeriums, an spezifischen Informationen aus bestimmten Regionen und Ländern. Verlangt wurden detaillierte Aussagen zur Außen-, Innen- und Wirtschaftspolitik, über die Potenzen an strategischen Rohstoffen, die Streitkräfte, das Vorhandensein von Massenvernichtungswaffen, Erkenntnisse aus der Grundlagenforschung (vor allem in solchen Bereichen, in denen die USA Überraschungen für sich fürchtete), spezielle Rüstungsforschungen, Entwicklungen in der Energiepolitik etc. Und natürlich verlangte

man auch Auskünfte über die Tätigkeit der Geheimdienste der betroffenen Länder.

Durch diese Liste erhielten wir Kenntnis von den Informationsinteressen der USA an jedem einzelnen Land der Erde und wie diese bedient wurden. Wir hatten somit die Möglichkeit, darauf zu reagieren und uns (und unsere Verbündeten) zielgerichtet vor den Angriffen zu schützen.

Darüber berichtete Oberst a. D. Klaus Eichner, Chefanalytiker der HVA, in seinem Buch »Imperium ohne Rätsel. Was bereits die DDR-Aufklärung über die NSA wusste«. Das wurde als reine DDR-Propaganda abgetan – bis im Mai 2014 eine Podiumsdiskussion in den Räumen der Bundeszentrale für politische Bildung in Berlin stattfand. Daran nahm auch William Binney teil, der 32 Jahre lang bei der NSA unter anderem als Technischer Direktor arbeitete, ehe er hinwarf. Ins Zentrum des Gespräches rückte bald jene *National SIGINT Requirements List*. Binney und andere bestätigten, dass dieses Arbeitsprogramm der US-Führung unverändert existiere und laufend aktualisiert werde. Und die Diskussion der Experten offenbarte ferner: Kern des Problems ist der imperiale Drang der Großmacht USA, ihren globalen Herrschaftsanspruch mit Hilfe der NSA gegen Feind wie Freund durchzusetzen.

Dieser Überzeugung war die DDR seinerzeit aus politischen Gründen – und weil unsere Aufklärer fortgesetzt die Beweise dafür erbrachten.

Klaus Eichner, sonst in der Regel mit dem Etikett einer untergegangenen, geschmähten DDR-Institution versehen, wurde nach dieser Gesprächsrunde in einem Hamburger Nachrichtenmagazin als »ehemaliger DDR-Offizier« bezeichnet. Das war nicht falsch. Aber eben nur die halbe Wahrheit: Klaus Eichner war Offizier in der Hauptverwaltung Aufklärung des Ministeriums für Staatssicherheit, dem er von 1957 bis 1990 angehörte. Auch über Genossen wie ihn muss geredet werden, wenn über den Beitrag der Kundschafter zur Sicherung des Friedens geredet und geschrieben wird. Er wurde als seriöser, kundiger Fachmann behandelt und als gleichberechtigter Gesprächspartner akzeptiert. Aber dass er Mitarbeiter des MfS war, das behielt man lieber für sich.

Im Juni 1990 waren alle Unterlagen mit Blaulicht und bewaffnetem Schutz der Volkspolizei zur Archivierung in die Norman-

nenstraße, der einstigen MfS-Zentrale, gefahren worden. Darunter jene 13 088 Blatt, die zum Komplex NSRL von unseren Kundschaftern und ihren Quellen zusammengetragen worden waren. In den Abendstunden des 4. Oktober 1990 – am ersten Arbeitstag nach dem Ende der DDR – durchsuchte im Auftrag der Bundesanwaltschaft ein Spezialkommando des BKA mit vier Beamten und zwei Technikern das Archiv. 25 Jahre später berichteten verschiedene Quellen, darunter auch der *rbb* im Januar 2014, dass diese und andere Maßnahmen im Auftrage des seinerzeitigen Bundesinnenministers Wolfgang Schäuble erfolgten. Um die Berliner Polizei damit nicht zu belasten, sei der Bundesgrenzschutz mit der Besorgung bestimmter Akten beauftragt worden. Diese wurden ungesichtet umgehend nach Übersee ausgeflogen, womit auch der Auftraggeber für diesen Diebstahl genannt war: die USA. Wie es im *Spiegel* 30/1999 dazu hieß: »Washington hatte ganz ordentlich Druck in Bonn gemacht – schließlich trugen etliche der Dokumente Stempel der höchsten amerikanischen Geheimhaltungsstufen Top Secret und Top Secret Umbra.« Den Grund für diesen Druck nannte das Nachrichtenmagazin auch: »Sie waren der Beweis dafür, wie ungeniert die Amerikaner [...] Spionage betrieben – auch gegen die Westdeutschen.«

Als die NSA-Akten das einstige MfS-Archiv verließen und in die USA ausgeflogen wurden, verschwanden sie auf Nimmerwiedersehen, wodurch es unmöglich gemacht wurde, den Amerikanern schwarz auf weiß zu beweisen, wie sie gegen die DDR und gegen die Bundesrepublik Deutschland in den 70er und 80er Jahren spioniert hatten. Die Spuren waren erfolgreich beseitigt worden.

So wie man seit einem Vierteljahrhundert eifrig dabei ist, die Spuren der Kundschafter zu eliminieren. Das wird aber nicht gelingen, solange es die Erinnerung gibt und Bücher wie diese. Sie dokumentieren die Arbeit, die Haltung und die Motive von Frauen und Männern, die sich dafür engagierten, dass Frieden blieb – indem sie für den Friedensstaat DDR kundschafteten, politische, wirtschaftliche, wissenschaftlich-technische, militärische und geheimdienstliche Institutionen des Klassengegners ausforschten, uns warnten oder halfen, unser Land und seine Verbündeten ökonomisch zu stärken, indem sie die Lücken schlossen, die der Gegner schlug, um uns zu schwächen. Markus Wolf (1923–2006), der die



Werner Großmann

Generaloberst a. D., ab 1952 Mitarbeiter des Außenpolitischen Nachrichtendienstes (APN), der späteren Hauptverwaltung Aufklärung, Chef der HVA von 1986 bis 1989, Stellvertretender Minister

Wolfgang Schwanzitz

Generalleutnant a. D., Angehöriger des MfS ab 1951, von 1986 bis 1989 Stellvertretender Minister, danach Leiter des Amtes für Nationale Sicherheit und in dieser Funktion Mitglied des DDR-Ministerrates

Hauptverwaltung Aufklärung aufbaute und sie bis 1986 erfolgreich führte, erklärte zu Recht in einem Interview: »Wir haben ja nicht gegen *Feindbilder* operiert. Wir hatten wirkliche *Feinde*.« Und das verziehen ihm diese Feinde bis an sein Lebensende nicht. Als er in den 90er Jahren, nach allen Verfahren und Verurteilungen, ein Visum für die USA beantragte, wurde es ihm mit der Begründung vom U. S. Department of State verweigert, er habe eine terroristische Vergangenheit (»Markus Wolf Ineligible for U. S. Visa Due to Terrorist Activity«, Daily Press Briefing vom 9. Juni 1997).

Wir wussten es damals, als wir der DDR dienten, und wir können es heute nicht übersehen, weil wir es täglich in den Nachrichten zur Kenntnis nehmen müssen: Sie sind die Terroristen. Unsere Kundschafter, die Top-Spione im Westen, haben zu ihrer zeitweiligen Bändigung beigetragen. Darauf sollten (und können) alle friedliebenden Deutschen unverändert stolz sein.

Berlin, im Januar 2016

Ich wurde Sonja Lüneburg

— **Johanna Olbrich** — 1926–2004, war Lehrerin und Schulleiterin und begann ihre Zusammenarbeit mit der HVA 1963. Als »Sonja Lüneburg« siedelte sie 1967 in die BRD über. Jahrelang hatte sie als Sekretärin zunächst beim Bundestagsabgeordneten William Borm (FDP), später bei den FDP-Generalsekretären Karl-Hermann Flach und Martin Bangemann, Einblick in die Bundespolitik und übermittelte Fotografien unzähliger Aktenseiten. Sie begleitete Bangemann auch als Abgeordneten im EU-Parlament und als Bundesminister für Wirtschaft. Als sie 1985 wegen einer vergessenen Handtasche aufzufliegen drohte, kehrte sie in die DDR zurück.

Nach der Wende wurde sie enttarnt und 1992 zu zwei Jahren und sechs Monaten Haft verurteilt (1994 zur Bewährung ausgesetzt). Martin Bangemann blieb ihr freundschaftlich verbunden.

Seit November 1945 arbeitete ich im Bezirk Dresden als Lehrerin und Schulleiterin. Ich absolvierte ein Fernstudium, wurde 1960 nach Berlin in das Ministerium für Volksbildung berufen und in der Abteilung Allgemeinbildung als Hauptreferentin eingesetzt. Die Arbeit war sehr interessant, weil in jener Zeit die 10-Klassenschule eingeführt und die dazu notwendigen Lehrpläne zusammen mit Lehrern und Wissenschaftlern ausgearbeitet und getestet werden mussten. Ich war völlig unerfahren und dankbar für die Hilfe, die ich von Genossen und Kollegen mit wohlthuender Selbstverständlichkeit erhielt.

Ende 1963 fragte mich ein Kollege, der wieder heiraten wollte, ob ich meine Wohnung als KW (Konspirative Wohnung) zur Verfügung stellen wolle. Er habe bisher seine dafür nutzen lassen, könne das aber wegen der Kinder, die seine Frau in die Ehe bringe, nun

nicht mehr tun. Meinem etwas verwunderten Gesicht musste er wohl entnehmen, dass ich keine Ahnung hatte, wovon er sprach. Er erklärte mir also, dass es sich um die Bereitstellung eines Raumes für Zusammenkünfte handle und von wem mit welcher Absicht solche Treffen durchgeführt würden. Natürlich bat er mich um Verschwiegenheit. Nach einigem Überlegen stimmte ich zu. Meine Wohnung stand tagsüber leer, und wenn sie dazu genutzt werden konnte, konspirativ Informationen über den damals eskalierenden Kalten Krieg zu überbringen und zu beraten, war das gut. So begann meine Beziehung zur HVA. Zunächst hatte ich nur Verbindung zu einem Mitarbeiter. Er war zuständig für die Nutzung der Wohnung und teilte mir die Termine mit, damit ich nicht unverhofft störte. Es klappte alles recht gut.

Ich besuchte ab September 1964 einen Einjahreslehrgang und sollte danach eine außerplanmäßige Aspirantur bekommen. Kurz nach Beginn des Lehrgangs teilte mir mein Wohnungsnutzer mit, dass sein Vorgesetzter gern einmal mit mir sprechen würde. Das geschah bei einem schönen Essen im Hause der Deutsch-Sowjetischen Freundschaft und gipfelte im Vorschlag, im Auftrag der HVA im Ausland zu arbeiten.

Ich stimmte nach der eingeräumten Bedenkzeit zu. Dafür hatte ich zwei Gründe:

Bis Ende Januar 1945 besuchte ich eine Internatsschule, eine Lehrerbildungsanstalt, in der Nähe von Kattowitz. Wir waren bei Annäherung der Front nicht rechtzeitig evakuiert worden, und so standen wir am Straßenrand und hofften, von den zurückflutenden Soldaten mitgenommen zu werden. Am Tag zuvor zog ein nicht abreißender Zug von Menschen auf der nach Westen führenden Straße vor unserer Schule vorüber.

Während wir nun wartend an der Straße standen, kamen offensichtlich Nachzügler: Zwei Männer, trotz bitterer Kälte gekleidet in dünnem Häftlingsdrillich und barfuß in Holzschuhen, schleppten sich vorbei. Sie wurden von bewaffneten Uniformierten angetrieben. Später wurden wir von Soldaten aufgenommen und fuhren die gleiche Straße entlang. Es war grauenhaft, was wir dort sahen. Im Straßengraben lagen weggeworfene Decken, Gefäße, Unrat – und Tote. Ich konnte nicht erkennen, ob sie an einer Kugel oder vor Schwäche gestorben waren. Es hieß, das seien Häftlinge aus ei-

nem Auschwitz Lager. Diese schrecklichen Bilder haben sich mir nachhaltig eingeprägt. Ich war 18 und hatte gesehen, was Krieg und Barbarei bedeuteten. Das wollte ich nie wieder erleben.

Der zweite Grund für meine Zusage war praktischer Natur. Ich war allein und hatte keine Kinder. Meine Angehörigen lebten im Ausland. Und neugierig auf eine neue Aufgabe an einem anderen Ort war ich schon.

Während des Lehrgangs wurde ich nach Westberlin geschickt. Es war wohl ein Test. Ich sollte eine Beobachtungsaufgabe lösen.

Bei der Rückkehr erkannte mich eine Bekannte, die am Bahnhof auf Besuch wartete. Sie rief laut meinen Namen. Das war ärgerlich, denn wie sollte ich erklären, dass ich in Westberlin gewesen war? Mir fiel etwas ein. Sie kam später nie darauf zurück. Ich war wohl überzeugend. Ich hatte aber gelernt, dass man auf solche unverhofften Begegnungen vorbereitet sein musste.

Meine nächste Fahrt ging nach Wien. Dort sollte ich eine noch nicht aktive Quelle treffen. Ich reiste mit falschen Papieren über Nürnberg. Dort hatte ich umzusteigen. Der Aufenthalt reichte für einen Stadtrundgang. Das war wohl der Grund, weshalb ich im Zug einschief und von der Grenzkontrolle geweckt wurde. Obgleich ich noch nicht ganz wach war, konnte ich die Fragen nach den Angaben im Pass ohne Stottern richtig beantworten. Das gab mir Selbstvertrauen.

Nach Beendigung des Lehrgangs ging es richtig los mit der Vorbereitung. Ich bekam Einzelunterricht – meist in meiner Wohnung. So lernte ich den Umgang mit einer Mikrokamera, Funken und Entschlüsseln von Mitteilungen, das Anlegen von Toten Briefkästen und vieles mehr. Ich trainierte Verhaltensweisen, um nicht enttarnt zu werden. Außerdem besuchte ich einen Schreibmaschinen-Kursus.

Ich sollte mit einer anderen Identität ausgestattet werden. Die verantwortlichen Genossen mussten also jemanden finden, der ungefähr so alt war wie ich und auch eine gewisse Ähnlichkeit mit mir hatte. Zudem musste dieser Jemand in Westdeutschland oder in einem anderen westlichen Land gelebt haben und irgendwann von dort weggegangen sein.

Man fand eine Frau, die in England in einem Haushalt gearbeitet hatte, dort weggegangen war und versprochen hatte, für eine

Nachfolgerin aus Deutschland zu sorgen. Mehr erfuhr ich nicht. Man schickte mich nach London, um meine Sprachkenntnisse zu vervollkommen und die Verhältnisse kennenzulernen, in denen meine Namensgeberin gelebt hatte. Ich sollte auch die Familie besuchen, für die sie gearbeitet hatte. Als ihre Freundin hätte ich herzliche Grüße zu übermitteln.

Im Mai 1966 trat ich die Reise an. Die britischen Fährleute streikten. Die Passagiere mussten warten, bis wir mit einer Fähre anderer Nationalität übergesetzt werden konnten, und erreichten London erst am Abend. Ich gewann meine ersten Erfahrungen über englische Sitten gleich nach der Ankunft auf dem Bahnhof. Um ein Quartier zu bekommen, wandte ich mich an das Tourismusbüro. Dort konnte man mir nur Vermittlungsbüros nennen, die aber erst am nächsten Morgen öffneten. Ich hätte auch in einem Bahnhofshotel übernachten können. Doch mir war in Berlin gesagt worden, dass ich mich auf Bahnhöfen nicht lange aufhalten solle, weil man dort mit Beobachtungen und häufigen Kontrollen rechnen müsse. Außerdem entsprachen die Preise in diesem Hotel der Summe, die mir für eine ganze Woche zur Verfügung stand. Ich wollte es bei einem Taxichauffeur versuchen.

Am Taxistand traf ich auf eine Gruppe von englischen Reisenden. Diese kamen gerade aus Deutschland und teilten mein Schicksal. Ein hilfsbereites Ehepaar nahm mich mit zu einem Hotel. Da kein Zimmer mehr frei war, mieteten sie mich in einem anderen Hause ein. Wie sich zeigte, ging ihre Liebe zum Rhein sogar so weit, dass sie den Taxifahrer im Voraus bezahlt hatten.

Am nächsten Tag fand ich dann ein preiswertes Zimmer und meldete mich in einem Sprachinstitut an.

Sobald ich mich einigermaßen zurecht fand, wagte ich den angeordneten Besuch. Die Leute wohnten in Wimbledon in einer ansehnlichen Villa. Ich wurde von der Dame des Hauses mit großer Freude begrüßt, was mich einigermaßen überraschte. Sie zeigte mir das weiträumige Haus und rechnete, da sie mich für die von »meiner Freundin« avisierte Haushälterin hielt, fest mit meiner Zusage, für sie zu arbeiten. Ich musste sie enttäuschen.

Nach sechs Wochen kehrte ich nach Berlin zurück. Dort berichtete ich ausführlich über die Beobachtungen und Erfahrungen, die ich in London gemacht hatte.

Ich wurde dann noch zu einem kürzeren Aufenthalt nach Schweden geschickt und konnte dort meine Kenntnisse erweitern.

Im Sommer 1966 wurde mir mitgeteilt, dass man nun meine »Doppelgängerin« gefunden habe. Es handelte sich um eine Sonja Lüneburg, eine Westberlinerin, die aber in einer Nervenklinik in der DDR behandelt werde, weil ihre Familie hier lebte. Ich bin dieser Frau nie begegnet und kenne ihren Lebenslauf nur aus den Unterlagen.

Es begann mit einem Besuch in ihrer Westberliner Wohnung. Ich stellte mich bei der Hausmeisterin als Sonjas Freundin vor, die sie bei sich aufgenommen habe und nun ihre Angelegenheiten klären wolle. Dass Sonja in Ostberlin war, wusste offensichtlich niemand. Die Hausmeisterin war zwar sehr gesprächig, aber in angenehmer Weise mitfühlend. Sie erzählte mir von den Merkwürdigkeiten im Verhalten, zeigte mir Kritzeleien an den Küchenmöbeln, berichtete, dass Sonja von ihrem Freund, einem Franzosen, verlassen worden wäre und auch Schulden habe.

Ich sagte, dass ich eben deshalb gekommen sei, und ließ mir die Adresse des Gerichtsvollziehers geben. Der nannte mir die Zahlungsstelle. Ich ging mit etwas weichen Knien in das zuständige Amtsgericht. Mit Erleichterung registrierte ich, dass sich niemand dafür interessierte, wer zahlte. Wichtig war: Es wurde gezahlt.

So befreite also die HVA Sonja von ihren Schulden.

Das nächste Problem war die Registrierung beim Einwohnermeldeamt. Es wurde beschlossen, »meine« Abmeldung aus Westberlin in Frankreich zu beantragen. Schließlich wusste jeder in ihrer Umgebung, dass sie mit einem Franzosen liiert war. Was lag also näher als die Legende, dass sie ihm nachgereist war?

Ich fuhr via Strasbourg nach Colmar, um von dort die Abmeldung anzufordern. In der Bahnhofstoilette in Strasbourg wollte ich die Papiere wechseln, doch ich bekam den Container, das geheime Versteck, nicht auf. Die Toilettenfrau wummerte nach einer Weile an die Tür, ich musste meine Bemühungen beenden. Erst in Colmar im Hotel kam ich an Sonja Lüneburgs Papiere. Gerade noch rechtzeitig: Die Polizei kam schon, um die Anmeldeformulare abzuholen. Die bis dahin benutzten Reisedokumente zerriss ich und verteilte die Schnipsel in Papierkörbe und Abfallbehälter des wunderschönen Colmar.

Mit dem Hoteleigner vereinbarte ich, meine Post an ihn adressieren zu dürfen. Ich wolle einige Zeit durchs Elsass reisen, erklärte ich, könne aber nicht sagen, wann ich mich wo aufhalten würde.

Es klappte alles wie geplant.

Ich wurde Sonja Lüneburg.

Anfang 1967 ging ich in Frankfurt am Main auf Arbeitssuche. In meinen Papieren war ich Friseurmeisterin, davon hatte ich keinerlei Ahnung. Sollte ich nach dem Grund des Wechsels gefragt werden, musste eine Allergie herhalten.

Ich meldete mich auf die Anzeige einer Versicherungsfirma, die eine Registraturkraft suchte. Ich wurde am 1. Februar eingestellt. Um die Aufgaben zu erfüllen, musste man das Alphabet kennen und das Ordnungssystem begreifen. Das bereitete mir nun wirklich keine Schwierigkeiten. In kurzer Zeit hatte ich die Registratur in Ordnung gebracht. Das war notwendig, weil meine Vorgänger den Anforderungen offenkundig nicht gewachsen waren. Danach blieb mir Zeit, über die vorhandenen Akten einiges über Betriebsführung und Kundenbetreuung zu erfahren. Außerdem kümmerte ich mich ein wenig um das Betriebsklima.

Als die Bürovorsteherin eines Tages zu mir sagte: »Sonja, Sie wissen ja gar nicht, was Sie für eine Ausnahme sind«, traf es mich hart. Etwas Besonderes zu sein und aufzufallen war für die vorgesehene Arbeit genau das Falsche. Kenntnisse und Fähigkeiten auf Dauer zu verbergen, schaffte ich offensichtlich nicht, also musste ich den Weg über Legenden gehen bzw. eine Arbeit suchen, bei der etwas höhere Anforderungen gestellt wurden.

Ich blieb bei dieser Firma, ließ mich aber – auf Anordnung meiner wirklichen Arbeitgeber in Berlin – nach Hamburg versetzen. Auch dort wurde ich in der Registratur und im Schreibbüro eingesetzt. Zuletzt war ich stellvertretende Büroleiterin.

In Hamburg lebte ich mich schnell ein. Ich traf auf Menschen, die hilfsbereit und nicht neugierig waren.

Ich bekam Mitteilungen über Funk, musste Berichte fotografieren und per Eisenbahn nach Berlin schicken. Ich suchte ein Versteck für ein Funkgerät, legte Tote Briefkästen an und absolvierte andere »Trainingseinheiten«. Vor allem aber sollte ich mich um ein Ehepaar kümmern. Die hatten sich bereit erklärt, für die Aufklärung der DDR zu arbeiten. Es schien aber, dass sie mit dieser Auf-

gabe nicht zurechtkamen. In den Gesprächen mit ihnen erfuhr ich, was auch Berlin schon gemerkt hatte: Ihr Zugang zu Informationen aus der CDU war schlecht. Den eigentlichen Grund nannte mir allerdings die Frau unter vier Augen: Die Ehe war am Ende, und sie hatte ungeheure Angst, entdeckt zu werden. Ich schlug den Genossen in Berlin vor, die Arbeit mit den beiden zu beenden, was dann wohl auch geschah.

Für mich war die Begegnung insofern kaum gefährlich, weil ich als Berliner Instrukteur aufgetreten und meine Arbeit in Hamburg ohnehin beendet war. Ich hatte nämlich zwischenzeitlich den Auftrag bekommen, bei der Firma zu kündigen und den noch ausstehenden Urlaub zu nutzen, um zur Beratung nach Berlin zu kommen. Um meine unvermittelt eingereichte Kündigung zu begründen, ließ ich einen Lebenspartner auftauchen, der mit mir ins Ausland ziehen wolle, weil er dort Arbeit bekommen habe und dort nicht allein bleiben möchte. Dass bisher niemand von ihm wusste, hinge mit seiner erst kürzlich erfolgten Scheidung zusammen, erzählte ich.

Bei der Rückkehr nach Berlin wurde mir bewusst, wie sehr ich schon meine neue Identität angenommen hatte. Als ich bei der Sparkasse Geld abheben wollte, unterschrieb ich mit Lüneburg. Zum Glück merkte ich das, bevor ich das Formular über den Tresen schob.

In der Zentrale erfuhr ich, dass man mich als Mitarbeiterin eines Abgeordneten des Deutschen Bundestages einzuschleusen gedachte. Die Zeit für einen solchen Versuch sei günstig, hieß es. Erstmals hätten die Abgeordneten die Möglichkeit, Mitarbeiter einzustellen, die nicht sie, sondern das Parlament bezahlen würde.

Ich sollte eine Annonce im *Bonner Generalanzeiger* aufgeben und auf die Angebote warten. Über Hamburg fuhr ich in die Bundeshauptstadt. Mit dem Auto. Im zweiten Anlauf hatte ich nämlich die Fahrprüfung geschafft. Kurz hinter Köln fand ich auf der rechten Rheinseite in einem kleinen Ort eine Pension, in der ich mich einmietete. Bis Bonn war es nicht weit. Ich lieferte dort beim *Generalanzeiger* meine Annonce ab, erkundigte mich, wann man erfahrungsgemäß mit Antworten rechnen könne, und versprach, nach der genannten Frist die eingegangenen Antworten abzuholen.

Die folgenden drei Tage nutzte ich zum Erkunden der Stadt und der Umgebung. Das half mir ein wenig über die Spannung hin-

weg. Zu meiner Freude konnte ich eine ganze Menge Antworten in Empfang nehmen. Ich öffnete sie nicht und flog damit noch am gleichen Tage von dem noch unausgebauten Bonner Flughafen nach Berlin.

Banken, Versicherungen, Produktionsfirmen hatten auf meine Offerte reagiert – und zwei Bundestagsabgeordnete: ein im sozialpolitischen Bereich tätiger CDU-Abgeordneter und der FDP-Politiker William Borm, der auch Landesvorsitzender der Berliner FDP war. Die Wahl fiel auf ihn.

Ich wusste damals nicht, dass er selbst Beziehungen zu unserer Aufklärung hatte – und er ahnte nicht, dass ich dieser Institution angehörte.

Unterlagen, die ich voraussichtlich für ein Vorstellungsgespräch bei Borm brauchen könnte, waren bereits vorbereitet, so auch ein Abiturzeugnis, das helfen sollte, nicht »zu viel« Bildung zu zeigen. Außerdem wurde ein weiteres Treffen festgelegt für die konkrete Vorbereitung auf die eventuelle kommende Arbeit.

Ich kehrte zurück in die Pension und erbat einen Termin bei Borm. Ich suchte ihn in seinem Büro im »Langen Eugen« auf und fand einen sehr sympathischen, höflichen älteren Herrn vor, mit dem zusammenzuarbeiten ich mir sehr gut vorstellen konnte. Ihm schien es mit mir ähnlich zu gehen, denn als ich ihn auf mein Alter hinwies – nach meinen Papieren war ich bereits 45 Jahre (in Wirklichkeit 43) –, meinte er, dass er mich nicht einstellen würde, wenn ich jünger wäre.

Meine Arbeit bei William Borm begann am 1. Juli 1969. Es hatte also fast vier Jahre gedauert, ehe ich ausreichend vorbereitet war, eine wichtige Aufgabe zu übernehmen. Im Bundestag herrschte bei meinem Arbeitsbeginn Ruhe. Es war Wahlkampfzeit. Die meisten Büros standen leer, auch meinen Chef sah ich selten. Er hatte noch einen wissenschaftlichen Mitarbeiter, der mir half, mich mit den anderen, meist jüngeren Personen bekanntzumachen, die für die FDP und auch für andere Abgeordnete arbeiteten.

Seit 1966 hatte eine Große Koalition aus Union und SPD regiert. Die FDP hoffte nicht nur auf Wiedereinzug in den Bundestag, sondern auch auf Regierungsbeteiligung.

Ein erheblicher Teil der Bundestagsabgeordneten und vor allem ihrer Assistenten rechneten zu den sogenannten 68ern oder ihren

Sympathisanten. Die Diskussionen und Gespräche, die häufig in unserem Büro stattfanden, zumal es dort meistens Kaffee gab und Borm solche Runden auch während seiner Anwesenheit gern duldete, halfen mir, mich in die Partei einzuleben und festzustellen, wer das Sagen hatte, welche Gruppierungen es gab, welche Gegnerschaften existierten und so weiter. Die FDP erhielt 5,8 Prozent der Wählerstimmen. Noch am Wahltag wurde die Koalition mit der SPD beschlossen. Erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik wollten diese beiden Parteien zusammen regieren. Willy Brandt wurde Kanzler, Walter Scheel Außenminister und Vize-Kanzler. Für mich begann eine arbeitsreiche und außerordentlich interessante Zeit.

William Borm, der den Bundestag 1969 als Alterspräsident eröffnet hatte, wurde für die nächste Wahl nicht mehr nominiert. Ich wurde gebeten, in die Bundesgeschäftsstelle der Partei zu wechseln und dort im Büro des Generalsekretärs zu arbeiten. Später ging ich mit Martin Bangemann zurück in den Bundestag und dann in das Europäische Parlament nach Brüssel. Als er 1984 in der Kohl-Regierung Wirtschaftsminister wurde, nahm er mich als seine Sekretärin mit nach Bonn.

In den letzten Jahren hatte ich keine Helfer mehr in meiner direkten Nähe. Meine Berichte brachte ich allein auf den Weg. Die Kontakte mit der Zentrale wurden durch Instrukteure aufrechterhalten. Die Treffen mit ihnen bereiteten mir immer eine große Freude.

Mindestens einmal im Jahr traf ich mich mit den für mich verantwortlichen Genossen, meist in der DDR. Die Reise ging in der Regel über die Nordroute, also über Dänemark oder Schweden. Wenn ich die Gelegenheit für einen Besuch bei meiner Familie oder eine Reise zu meiner Mutter nutzen wollte, musste ich dafür meinen Urlaub nehmen. Dann war es notwendig, die Zeit entsprechend abzudecken. Das bedeutete, in schnellem Tempo Kenntnisse über Land und Leute und entsprechende Fotos zu sammeln, um bei der Rückkehr etwas vorzeigen zu können und entsprechend informiert zu sein.

Die Treffen in der DDR bedeuteten, zu Hause zu sein und die Wachsamkeit für einige Zeit vergessen zu dürfen. Aber es war auch Arbeit. Es wurde ausgewertet, kritisiert und auch gelobt, neue

Schwerpunkte gesetzt, entsprechende Hilfen oder Vorgehensweisen diskutiert und Ähnliches. Für den Rest der Zeit sorgten die Genossen meist für ein Quartier, in dem ich mich – oft zusammen mit meiner Mutter – ohne Gefahr der Entdeckung und bei liebevoller Betreuung erholen konnte. Meine Mutter und die übrigen Verwandten nahmen an, ich sei im Auswärtigen Dienst in Nordkorea (später in Japan). Sie wussten nicht, dass die meisten Briefe, die sie von mir bekamen, nicht von mir, sondern von einem meiner Betreuer geschrieben wurden, der wunderbar meinen Briefstil adaptiert hatte.

Weitaus stärker bedrückte mich die Tatsache, dass ich auch Informationen bei Freunden im Einsatzgebiet »abschöpfte«. Nicht mit Vorsatz, aber wenn ich von ihnen Relevantes hörte, habe ich es verwendet. Auch wenn ich überzeugt davon war, dass meine illegale Arbeit ihnen und ihrem Land genauso diente wie mir und dem meinen, hatte ich ein ungutes Gefühl. Es handelte sich mitunter eben doch um einen Vertrauensbruch: Sie hätten vielleicht geschwiegen, wenn sie gewusst hätten, wohin die Nachricht floss.

1984 feierte ich als Sonja meinen 60. Geburtstag. Das bedeutete für meine Berliner Genossen und für mich zu überlegen, wie mein Einsatz allmählich und unauffällig abzuschließen sei. Wir planten, dass vielleicht nach Beendigung meiner Arbeit in Bonn meine Liebe zu Österreich erwachen könne. Von dort dann wieder nach Hause zu kommen war nicht mehr so schwierig.

Es kam jedoch anders. Im Juli 1985 hatte ich wieder ein Treffen in Berlin. Da mein Chef Bangemann im Urlaub war, konnte ich auch leicht weg. Für die Hinreise war wieder die Nordroute vorgesehen. Es klappte alles gut. Die Rückreise sollte jedoch über Südeuropa erfolgen. Nach ein paar schönen Tagen in Berlin und bei meiner Familie flog ich, ausgestattet mit einem fiktiven Ausweis, nach Athen. Nach einem kurzen Aufenthalt ging es weiter nach Rom. Dort sollte ich den benutzten Ausweis vernichten und als Lüneburg weiterreisen. Die Reisekosten waren mir in Berlin erstattet worden, ich hatte 5000 DM in meiner Handtasche.

Am Flughafen in Rom nahm ich ein Taxi und ließ mich in ein schon früher genutztes Hotel bringen. Bei der Anmeldung stellte ich entsetzt fest, dass ich meine Handtasche im Auto vergessen hatte. Und das war auf und davon.

Für meine Weiterreise war das nicht so schlimm, denn meine Papiere und einiges Geld befanden sich im Koffer. Aber in der Handtasche waren noch meine falschen Papiere, die ich vernichten sollte! Was passierte, wenn der Taxifahrer zur Polizei ging und als ehrlicher Finder die Tasche ablieferte? Ich bezweifelte das. Er könnte ebensogut ins Hotel zurückkehren. Nein, dachte ich, der nimmt das Geld und haut den Rest in die Mülltonne.

Trotzdem musste ich meine Genossen informieren. Das tat ich nicht besonders gern. Wer gesteht schon eine unverzeihliche Dummheit?

In Bonn fand ich alles unverändert vor.

Kurz nach meiner Ankunft meldete sich einer unserer Kuriere telefonisch. Beim Treff teilte er mir mit, dass ich meine Wohnung »saubermachen« solle. Das hieß: alles beseitigen, was auf eine geheimdienstliche Tätigkeit hinweisen könnte. Am nächsten Morgen sollte ich mit meinem Auto nach Köln fahren, es dort stehenlassen und mit der Bahn nach Lübeck reisen. Dort würde er auf mich warten. Wir vereinbarten einen Treffpunkt.

Am Samstag, dem 3. August 1985, trafen wir uns in Lübeck auf dem Platz beim Dom. Ein weiterer Mann kam hinzu. Er stellte sich vor und sagte, er sei der Schleuser. Er werde uns ohne Gefahr über die Grenze bringen.

Mit der Straßenbahn fuhren wir in eine bewaldete Gegend und spazierten auf ein Wasser zu. Am gegenüberliegenden Ufer begann DDR-Gebiet. Unser Schleuser hatte ein Boot im Schilf versteckt und wollte uns damit hinüberbringen. Inzwischen hatte sich der Himmel verdunkelt, und ein kräftiges Gewitter mit reichlich Regen ging auf uns nieder. Ganz in der Nähe unseres Bootes hatte ein Angler sein Boot angehalten, eine Plane über sich gezogen und wartete nun auf das Ende des Unwetters.

Wir auch. »Völlig unauffällig« drängten wir uns in einem Hochwald ohne Unterholz zu dritt unter einen Schirm und warteten auf das Verschwinden des Anglers. Eine unmögliche Situation.

Nach schier unendlich langer Zeit verschwand der Angler. Wir stiegen in das Boot und überquerten das Wasser. Grenzsoldaten empfingen uns. Da wir klatschnass waren, bekamen wir trockene Sachen. Das waren, natürlich, Uniformen. Ich wurde, wenn ich mich recht erinnere, zum Major.

Der Kleiderwechsel war auch deshalb notwendig, weil die Strecke, die wir noch zu fahren hatten, vom BGS eingesehen werden konnte und auch ständig beobachtet wurde. Am Ausgang des Geländes zog ich den Major wieder aus. Ein Auto erwartete uns bereits. Ein Genosse, mit dem ich sehr gerne zusammenarbeitete und der mir ein Freund war, holte mich ab. Von Theo erfuhr ich, was ich schon ahnte: Ich würde nicht wieder nach Bonn zurückkehren. Ich merkte, dass es ihm schwerfiel, mir das Ende meiner Arbeit mitzuteilen.

Unsere Fahrt nach Berlin wurde aber noch ganz heiter. Theo hatte eine Flasche Kognak im Auto, der verbesserte die Stimmung.

Zwei Gründe gab es, so informierten mich die Genossen, weshalb sie mich zurückziehen mussten: Auch wenn sie die Gefahr als gering einschätzten, drohte meine Enttarnung und damit eine Verhaftung. Das hätte, zweitens, das Verhältnis zwischen Bonn und Berlin verschlechtert. Das konnte man nicht gebrauchen. Kohl und Honecker hatten sich am 12. März in Moskau getroffen, es war wieder Bewegung in die Beziehungen gekommen. Die durften durch einen Spion am Bonner Kabinetttisch nicht belastet werden.

Die Rechnung ging auf.

Erst nach dem Untergang der DDR wurde meine wahre Identität entdeckt.

Rüstungswettlauf

— **Ulrich Steinmann** — geboren 1944. Als Student ließ er sich 1966, enttäuscht vom westdeutschen Umgang mit der linken Bewegung, von der DDR rekrutieren und entschloss sich zur Zusammenarbeit mit der Militäraufklärung. Als Ingenieur arbeitete er im Rüstungsbereich der Bundeswehr, davon dreizehn Jahre in der Rüstungsabteilung des Bundesverteidigungsministeriums. 1990 wurde er enttarnt und zu sechs Jahren Haft verurteilt, von denen er drei Jahre und sechs Monate absitzen musste.

Ihr Vater verließ 1953 die DDR und wurde in der Bundesrepublik als politischer Flüchtling anerkannt. Sie haben sich 1967 verpflichtet, illegal für die DDR zu arbeiten. Wie kam es zu dieser gegensätzlichen Entwicklung?

Mein Vater war 1937 als Reichsbahn-Beamter der NSDAP beigetreten, weil er – nach der Weltwirtschaftskrise und dem Niedergang der Weimarer Republik – von den scheinbaren Erfolgen des Dritten Reiches überzeugt war. Nach 1945 hatte er in der sowjetischen Besatzungszone deshalb Schwierigkeiten in seiner beruflichen Entwicklung. In der Bundesrepublik gab es 1952 die sogenannte 131er Gesetzgebung, die allen ehemaligen Nazis, die von den Siegermächten von ihren Posten entfernt worden waren, die Rückkehr in ihre früheren Ämter ermöglichte. Das war natürlich für viele in der DDR – so auch für meinen Vater – eine Einladung, sich in die Bundesrepublik abzusetzen. Meine Mutter folgte im Herbst 1955 mit uns Kindern im Rahmen der Familienzusammenführung legal.

Legale Ausreise? So etwas gab es?

Das gab es immer, das wird heute immer gern weggelassen! So kam ich also mit elf Jahren aus einem kleinen Dorf in Ostsachsen in den »goldenen Westen«, in die Großstadt Essen.

Was waren Ihre ersten Eindrücke?

Zunächst waren wir alle natürlich beeindruckt von Apfelsinen und Bananen, Schokolade und Kakao, den Autos und vielen anderen Dingen, die damals in der DDR nicht zu haben waren. Andererseits war ich relativ enttäuscht von der Schule, in die ich nach vier DDR-Schuljahren kam.

Das sollte man eigentlich nicht erwarten, wenn einer aus dem Dorf in die Großstadt kommt!

Richtig, aber es war wirklich ein drastischer Abstieg im Niveau: Während wir in der DDR schon moderne Lehrpläne und Fachlehrer hatten, ging es im Westen in der Volksschule immer noch zu wie zu Kaisers Zeiten. Ein Lehrer unterrichtete die Klasse vom ersten bis zum achten Schuljahr in allen Fächern. Die Lesestoffe schienen aus dem vorigen Jahrhundert zu sein. Vom Gesundheitswesen hatte ich einen ähnlichen Eindruck: In der DDR gab es in der Schule regelmäßige Vorsorgeuntersuchungen, und ich bekam orthopädisches Turnen verordnet, wozu ich in die Poliklinik im Dorf ging. In der Großstadt Essen gab es nichts Vergleichbares. So präsentierten sich für mich also frühzeitig nicht nur die Glimmerseiten des Wirtschaftswunderlandes, sondern auch die Kehrseiten.

Sie waren dann später häufig in der DDR.

Da wir legal ausgereist waren, konnten wir auch per Aufenthaltsgenehmigung problemlos unsere Verwandten besuchen. Ich war regelmäßig mit meiner Mutter – später dann auch allein – bei den Großeltern oder meiner Tante in meinem Heimatdorf. So konnte ich über einen Zeitraum von mehr als zehn Jahren beide deutsche Nachkriegsstaaten aus eigener Anschauung erleben.

Das konnten die »normalen« DDR-Flüchtlinge nicht.

Genau. Die meisten Flüchtlinge hatten die Tür hinter sich zugeschlagen und pflegten im Westen ihr Feindbild von der DDR. Und das DDR-Bild der »normalen« Bundesbürger war durch die Propaganda des Kalten Krieges geprägt.

Mir selbst stand natürlich auch deutlich vor Augen, welches das reichere Land war und welches das ärmere, aber vieles in der DDR erschien mir als sehr viel fortschrittlicher. So entwickelte ich ein

positives Interesse für die DDR und überhaupt für die Politik. Ich fand, dass in der Bundesrepublik vieles anders gemacht werden müsste, sah aber in der DDR trotz vieler Mängel den besseren Weg.

Sie wurden 1966 angesprochen, mit der DDR zusammenzuarbeiten. Wie kam das?

Ich hatte 1965 das Abitur gemacht und danach ein Ingenieurstudium in Aachen begonnen. Damals begannen die Universitäten, sich zu verändern. Das Leben wurde nicht mehr von den studentischen Korporationen und schlagenden Verbindungen dominiert, sondern linke Gruppierungen, besonders der Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS), begannen, sich zu regen und gegen den »Muff von tausend Jahren unter den Talaren« zu rebellieren. In der Bundesrepublik standen die Notstandsgesetze vor der Tür, und das weltpolitische Geschehen war durch den Vietnam-Krieg geprägt. Ich wollte meinem politischen Interesse nun Taten folgen lassen und wäre gern in den SDS eingetreten, wenn es den in Aachen gegeben hätte. Aber dort existierte allein der SPD-fromme Sozialdemokratische Hochschulbund (SHB), der nur sehr gemäßigt links einzuordnen war. Mangels Alternativen trat ich dort ein.

Nach dem zweiten Semester fuhr ich wieder einmal zu einem Kurzbesuch zu meiner Tante und wurde dort als Ingenieur-Student von einem DDR-Studenten zu einem Besuch der TU Dresden eingeladen. Mir war sofort klar, dass das kein rein privater Kontakt war, sondern dass politische Institutionen der DDR diesen Kontakt veranlasst hatten.

Das hat Sie nicht geschreckt?

Nein. Zu diesem Zeitpunkt war mir bereits klar, dass diese SPD schon lange nichts mehr zu tun hatte mit der SPD August Bebel's, und dass die Vorstellungen von einem »dritten Weg« zwischen Kapitalismus und dem Sozialismus in Osteuropa illusionär waren. Grundlegende Veränderung in der Bundesrepublik und die politische Zusammenarbeit mit der DDR – das gehörte für mich zusammen. Folglich kam ich mit meinem Ansprechpartner sehr schnell vom Fachlichen des Studiums auf das Allgemein-Politische, und ich ließ deutlich erkennen, dass ich – bei gewissen Vorbehalten –

die DDR mit sehr positivem Interesse sah. Das Angebot, ihn in Kürze noch einmal in Berlin zu treffen, nahm ich gern an.

War Ihnen klar, dass das nach westdeutschen Gesetzen illegal war?

Ich wusste vom KPD-Verbot und von der Kriminalisierung politischer Kontakte zur DDR. Auf meinen Reisen als Schüler in die DDR hatte ich bereits mehrfach den Überwachungsstaat-West erlebt, der an der Grenze – ganz im Widerspruch zur scheinbaren Freizügigkeit – gewisse Personengruppen notierte. Mir war deshalb klar, dass unser Kontakt nur konspirativ möglich war.

Wie entwickelte sich die weitere Zusammenarbeit?

Zunächst ging ich nur von einer allgemein-politischen Zusammenarbeit aus. Ich wollte etwas tun, um den Sozialismus in der DDR zu unterstützen. Das Fernziel war: Der Sozialismus in der DDR sollte so attraktiv werden, dass er auch für den Westen Deutschlands als das unübersehbar bessere Gesellschaftsmodell erkennbar würde. Bei den weiteren Besuchen wurde mir allerdings eine völlig andere Art der Zusammenarbeit vorgeschlagen: Ich sollte mich bei der Bundeswehr bewerben und dort nachrichtendienstlich für die Nationale Volksarmee tätig werden.

Das entsprach überhaupt nicht Ihrer Lebensplanung!

Ich war ja froh gewesen, dass ich mich unter Ausbau einer akuten Magenerkrankung erfolgreich vor dem mir höchst unsympathischen Militärdienst hatte drücken können. Meine Interessen waren Städtebau, Verkehrswesen und besonders das Eisenbahnwesen. Aber die Bundeswehr war mir absolut zuwider.

Man überzeugte mich aber, dass das Beste, was ich in meiner Position für den Sozialismus und für die DDR tun könnte, wäre, mich in die »Höhle des Löwen« zu begeben. Diese Entscheidung fiel mir nicht leicht, aber nachdem ich mich dazu durchgerungen hatte, versuchte ich, diese Aufgabe erfolgreich zu erfüllen.

Sie haben sich gegenüber der Nationalen Volksarmee und der DDR zur Tätigkeit als Kundschafter verpflichtet. Wie war der weitere Weg zu dieser Tätigkeit?

Zunächst musste ich mein Studium abschließen, und zwar mög-

lichst gut. Daneben hatte ich mein politisches Erscheinungsbild so zu verändern, dass meine neuen beruflichen Ambitionen für meine Umwelt glaubwürdig erschienen. Ich war mit meinen bisherigen politischen Äußerungen kein ganz unbeschriebenes Blatt mehr, hatte mich aber glücklicherweise noch nicht zu sehr exponiert. Dabei half mir natürlich, dass sich in jener Zeit so mancher in seiner politischen und persönlichen Karriere von links unten nach rechts oben entwickelte. Opportunismus ist immer ein glaubwürdiges Motiv; das trägt einem zwar die stille Verachtung alter Freunde ein, aber damit steht man nicht allein.

Schließlich musste ich auch ein paar handwerkliche Techniken erlernen: wie man Kontakt hält, wie man Nachrichten übermittelt und empfängt, wie man Material bei einem geheimen Treffen übergibt. Diese Techniken stehen in der üblichen Spionage-Literatur gern im Mittelpunkt des Interesses. Gefälschte Ausweisdokumente, Geheimtinte, Verschlüsselungstechnik, Spezialkameras ... Das sind Requisiten des Metiers, die Journalisten und interessierte Laien, Richter und Staatsanwälte gern für das Wesentliche halten. Viel wichtiger ist aber, dass man sich eine interessante berufliche Position erarbeitet, und dass man erkennt, was berichtenswert ist.

Wie kamen Sie in die Bundeswehrverwaltung?

Zunächst war es der Wunsch meiner Ansprechpartner von der NVA, dass ich mich nach Abschluss des Studiums für die Offizierslaufbahn bewerben sollte. Das versuchte ich auch. Hierbei störte aber, dass ich ein paar Jahre zuvor als gesundheitlich untauglich eingestuft worden war. Von der Personalabteilung der Bundeswehr wurde mir deshalb empfohlen, mich beim Bundesamt für Wehrtechnik und Beschaffung als technischer Beamter zu bewerben. Das war rückblickend gesehen die beste Entscheidung, denn als Offizier hätte ich wahrscheinlich eine unglückliche Figur abgegeben.

So fing ich im Herbst 1970 die Ausbildung als Referendar der Fachrichtung »Waffen und Munition« an und beendete diese Ausbildung als Regierungsbauassessor, einem etwas altertümlich klingenden Beamtentitel. Etwas mehr als ein Jahr arbeitete ich anschließend in einer Erprobungsstelle, dann schaffte ich den Wechsel in das Bundesamt für Wehrtechnik und Beschaffung in Koblenz. Während meine Einblicke in das Rüstungswesen der Bundeswehr

bis dahin eher gering waren, eröffneten sich dann – ab 1974 – schon interessantere Perspektiven. Wirklich aufschlussreich wurde meine Tätigkeit aber erst, als es mir 1977 gelang, Referent für Waffen und Munition in der Rüstungsabteilung des Bundesverteidigungsministeriums zu werden.

Eine relativ schnelle Entwicklung.

Ja. Ich hatte ein gutes Staatsexamen abgelegt, was natürlich hilfreich war, aber es kam auch etwas Glück hinzu. Allerdings darf man nicht vergessen, dass in meiner Generation weder der Staatsdienst noch der in der Bundeswehr ein Traumziel war, schon gar nicht für jene, die sich den Arbeitsplatz aussuchen konnten. Ich war also eine Ausnahme. Und als »Einäugiger unter den Blinden« konnte ich mich in diesem Umfeld leicht profilieren.

Sie waren insgesamt 13 Jahre in der Rüstungsabteilung des Verteidigungsministeriums tätig. Was waren Ihre wichtigsten Erkenntnisse?

Nun, das meiste ist jetzt »Schnee von gestern« und interessiert allenfalls Experten. Aber damals war das im Rüstungswettlauf zwischen Ost und West – den nicht der Warschauer Pakt vom Zaune gebrochen hatte – durchaus wichtig. Das annähernde militärische Gleichgewicht war wesentlich für die Erhaltung des Friedens! Es gab mehrere Rüstungsprojekte, über deren Entstehen ich schon früh berichten konnte. Der NVA und damit dem Warschauer Pakt war es dadurch möglich, sich auf die künftige rüstungstechnische Bedrohung durch die NATO frühzeitig einzustellen und Gegenmaßnahmen einzuleiten.

Heute weiß ich – aber ahnte es schon damals –, dass es viele Informationsquellen wie mich gab, und dass dadurch der Warschauer Pakt und die Sowjetunion sehr gut über die Rüstungsanstrengungen der NATO und insbesondere der USA informiert waren.

Die Absicht des Westens, dem Osten einen ruinösen Rüstungswettlauf aufzuzwingen bzw. das militärische Gleichgewicht einseitig zugunsten des Westens zu verändern, war – besonders unter der Präsidentschaft von Ronald Reagan – deutlich erkennbar. Aber auch in den USA wuchsen die Bäume nicht in den Himmel: Viele der hochfliegenden Pläne waren finanziell nicht durchzuhalten. Die meisten Terminpläne waren völlig unrealistisch. Die ehrgeizi-

gen »Star-Wars«-Pläne waren – schon rein technisch gesehen – absolut utopisch.

Gleichwohl blieben am Ende die USA und die NATO Sieger, der von ihnen initiierte und forcierte Rüstungswettlauf führte zum Erfolg über die Sowjetunion und ihre Verbündeten.

Nach meiner Einschätzung hätte die Sowjetunion die Hochrüstungspläne der 80er Jahre mit sehr viel mehr Gelassenheit beobachten und abwarten können, bis das ganze Kartenhaus in sich zusammengefallen wäre. Auch die starke Volkswirtschaft der USA hätte die überhöhten Rüstungsausgaben nicht lange verkräftet. Die USA wären früher oder später in eine Wirtschaftskrise geraten, und der Ostblock hätte in der Zwischenzeit im zivilen Bereich an Boden gewinnen können.

Genau das Gegenteil ist aber geschehen.

Ja, leider! Aber das hätte nicht sein müssen. Nach all den Erkenntnissen, die nicht nur ich, sondern viele der mir damals unbekannteren Mitstreiter geliefert haben, hätte die Sowjetunion nicht vor der aggressiven Hochrüstung der USA zu kapitulieren brauchen. Dass es dennoch geschah, liegt nach meiner Einschätzung nicht an einem Mangel an Information! Da haben ganz andere Absichten der damaligen sowjetischen Führung den Ausschlag gegeben.

Sie haben mit dieser Betrachtung schon eine Art Bilanz gezogen. Können Sie vielleicht doch beispielhaft ein konkretes Rüstungsvorhaben ansprechen, das den Charakter des damaligen Wettrüstens illustriert?

Als ich ins Verteidigungsministerium kam, wurden gerade die Planungsvorstellungen für die »Gepanzerten Kampftruppen der 90er Jahre« erarbeitet. Der Kampfpanzer Leopard II war bereits in Entwicklung, und mit dem Planungsdokument sollten hauptsächlich die – ebenfalls gepanzerten – Begleitfahrzeuge begründet werden. Es wurde dabei argumentiert, dass das Nachfolgesystem des Schützenpanzers Marder »entflochten« werden müsse.

Bekanntlich ist der Marder kein reiner Schützenkampfwagen, er hat als Bewaffnung eine Maschinenkanone und eine Panzerabwehrlenkrakete vom Typ Milan. Der argumentative Kunstgriff der verantwortlichen Heeresplaner bestand darin, dass dieses Waffen-

system damit überfrachtet sei und sein Nachfolgesystem in die drei Komponenten zerlegt werden müsse: in einen Schützen-Kampfwagen, einen Maschinenkanonen-Kampfwagen und einen Panzerabwehrenkraketen-Kampfwagen. Mit dieser Argumentation wollte man die Anzahl der gepanzerten Kampffahrzeuge vervielfachen. Den Planern schwebten hochmobile gepanzerte Kampftruppen vor, die – für die Politik natürlich mit einer defensiven Begründung verbrämt – eine verstärkte Offensivfähigkeit des deutschen Heeres bewirkt hätten. Derartige Planungen korrespondierten selbstverständlich mit Rüstungsinitiativen wie »Air-Land-Battle 2000«, »Active Defense« und ähnlichen NATO-Planungen, die von den USA lanciert worden waren und eine höhere Angriffsfähigkeit zum Ziel hatten.

Um diese Rüstungspläne der Politik verkaufen zu können, waren zwei Schwierigkeiten zu überwinden:

Erstens brauchte man eine defensive Begründung für diese aggressive Verschärfung des Wettrüstens, denn nicht alle Parlamentarier waren bereit, den Kurs der Verschärfung des Ost-West-Konfliktes und des Wettrüstens mitzutragen. Hierfür erarbeitete man »Bedrohungsanalysen«, in denen man den Armeen der Staaten des Warschauer Paktes fantastische Kampfstärken andichtete. Die Devise war: »Der Osten hat vorgerüstet, wir müssen leider nachrüsten« – also eine Täuschung der Öffentlichkeit und des Parlaments.

Zum Zweiten durfte der Bundestag – genauer gesagt: der Haushaltsausschuss – nicht zu früh erfahren, welche ungeheuren finanziellen Lasten damit für die Zukunft programmiert wurden. Also wurden die künftigen Waffensysteme in geradezu grotesker Weise billig gerechnet. Das Muster für diese geplante Täuschung des Parlaments hatte Jahre zuvor die Luftwaffe geliefert: Als die Beschaffungsvorlage für den Jagdbomber Tornado dem Parlament präsentiert wurde, argumentierte man mit einem Systempreis von 20 Millionen DM pro Waffensystem. Zu diesem Zeitpunkt lagen aber der Luftwaffe fundierte Gutachten vor, die den Systempreis mit 100 Millionen DM angaben.

Also genau jene Summe, die tatsächlich später auch bezahlt wurde.

Richtig. Aber dieses Gutachten wurde unter Verschluss gehalten, und dem Parlament wurde wider besseres Wissen ein Preis

genannt, der lediglich ein Fünftel vom tatsächlichen betrug. Erst als der »point of no return« überschritten war, wurde die komplette Rechnung präsentiert.

Nach diesem Muster wollte nun auch das Heer seine Vorhaben durchsetzen. Als ein Preisbeispiel ist mir da der genannte Maschinenkanonen-Kampfwagen in Erinnerung: Im dritten Entwurf der Planungsvorstellungen war er mit einem lächerlich geringen Preis von 400 000 DM in die Planung eingestellt worden. Dann gab es den Wechsel von Verteidigungsminister Georg Leber zu Hans Apel, der aus dem Finanzministerium kam. Apel ließ diese gar zu unverschämten Manipulationen überprüfen. Im vierten Entwurf der Planungsvorstellungen erschien dann ein Preis von vier Millionen.

Das war das Zehnfache der zunächst angegebenen Summe.

Dieser Preis war zwar nach Ansicht von Kollegen immer noch viel zu optimistisch, aber diesmal war doch wenigstens eine gar zu dreiste Täuschung des Parlaments verhindert worden. In vielen anderen Bereichen lief es jedoch nach genau diesem Schema weiter.

Das Beispiel illustriert, wie es um die angebliche »politische Kontrolle« der Bundeswehr durch den Minister und durch das Parlament bestellt ist – selbst wenn es hier mal funktionierte.

Man las von Journalisten oft die poetische Formulierung »Das Amt prägt den Minister«. Die prosaische Beamtenweisheit sagt »Die Minister kommen und gehen, die Ministerialbürokratie bleibt«. Tatsächlich wurde jeder Minister mehr oder weniger durch seinen Apparat manipuliert. Im Falle des Verteidigungsministers waren es aber weniger die Beamten (die natürlich auch oft und gern mit ihren Freunden in der Rüstungsindustrie kungelten), denn diese wurden schrittweise immer mehr durch Offiziere an die Seite gedrängt. Damit wurde die Idee einer zivilen Kontrolle der Armee – aus Erfahrungen mit Reichswehr in der Weimarer Republik ursprünglich ein wichtiges politisches Ziel – langsam zu Makulatur. Das Parlament – in allen Detailfragen vertreten durch den Verteidigungsausschuss – hatte nur wenige Möglichkeiten, die laufende Manipulation zu durchschauen und eine wirkliche politische Kontrolle auszuüben (sofern es das überhaupt wollte).

Gibt es in Deutschland einen »Militärisch-industriellen Komplex«, vor dem in den USA Präsident Eisenhower am Ende seiner Amtszeit in den 50er Jahren warnte?

Sicher nicht in dem Ausmaß und in der Art wie in den USA. Aber die Bundeswehr hat sich meines Erachtens – insbesondere unter dem Einfluss von Leuten wie General Klaus Naumann – immer mehr der politischen Kontrolle entzogen und letztlich der Politik selbst die Ziele vorgegeben. Die heute zu erlebende Militarisierung der Außenpolitik ist meines Erachtens das Resultat dieser Entwicklung.

Wie haben Sie die »Perestroika« in der Sowjetunion und später das Ende der DDR erlebt?

Ich muss eingestehen, dass ich – wie so viele in Ost und West – Gorbatschow und die mit seiner Person verbundenen Veränderungen zunächst sehr positiv eingeschätzt hatte. Reformen in der UdSSR und in der DDR schienen mir notwendig und begrüßenswert. Als in der DDR wenige tausend Bürger die Staatsmacht der DDR in die Defensive trieben, schien mir das wie ein Märchen von der Demokratie: Das Volk meldet sich zu Wort, und die Regierung gehorcht. Bald wurde mir aber klar, dass das alles nur eine inszenierte Komödie war. Ein paar Kirchenleute und gesellschaftliche Außenseiter durften vor den Medien der Welt »Volk« spielen und das einsammeln, was zwischen den Großmächten bereits verkauft worden war. Die meisten der damaligen Akteure sind inzwischen wieder in der Versenkung verschwunden und haben wohl selbst erkannt, dass sie damals gar nicht die Handelnden waren, sondern unbewusst Marionetten in einem Spiel, das andere inszenierten.

Nach der »Wende« vermutete ich, dass Gorbatschow, um den wirtschaftlichen und militärischen Druck von der Sowjetunion zu nehmen, seine »Satelliten« geopfert hatte. Auch das wäre noch akzeptabel gewesen, wenn dadurch der Sozialismus wenigstens in der Sowjetunion gesichert und die Gefahr eines Krieges beseitigt worden wäre – allerdings nur dann, wenn für die geopfert treuen Verbündeten einigermaßen faire Bedingungen ausgehandelt worden wären. Schließlich musste ich aber erkennen, dass alles in einem totalen Desaster endete.

Gorbatschow hat gesagt, dass die Beseitigung des Kommunismus sein Lebensziel gewesen sei, welches er immer verfolgt habe.

Das hat er inzwischen gesagt, ja. Aber ich habe dazu meine eigene These: Politiker dieser Art sind um Schönfärberei nie verlegen. Selbst wenn sie offensichtlich gescheitert sind, sind sie nachher noch so großmäulig, das eigene Scheitern als einen großartigen Erfolg zu verkaufen. Ich denke, er ist ein Opportunist und Scharlatan, wie es viele in dieser Welt gibt. Was ich nur nicht erwartet hätte: Dass dieser Typus auch in der Sowjetunion und in den sozialistischen Staaten Osteuropas Karriere machen konnte. Inzwischen sind wir leider mehrfach eines Schlechteren belehrt worden.

Sie wurden Ende April 1990 verhaftet. Wie kam es dazu?

Ende März 1990 erhielt ich meinen letzten Funkspruch. Ich solle meine Arbeit einstellen und alles konspirative Material vernichten. Inzwischen weiß ich, dass am 16. März 1990 der damalige Verteidigungsminister der DDR, Admiral Theodor Hoffmann, einen entsprechenden Befehl gegeben hatte, womit die Aufklärungsarbeit aller Mitarbeiter der NVA beendet wurde.

Ein wichtiges Kapitel meines Lebens war zu Ende. Eine Wiedervereinigung unter kapitalistischen Bedingungen zeichnete sich ab. Das war nicht das Ziel von 20 Jahren engagierter Arbeit gewesen. Aber ich hatte wenigstens das gute Gefühl, einiges zur Verhütung eines großen militärischen Konfliktes beigetragen zu haben. Ich entschloss mich, aus dem Verteidigungsministerium auszuschneiden und mir eine meinen ursprünglichen Neigungen entsprechende Tätigkeit im Verkehrswesen zu suchen. Das schien durchaus realistisch, denn auch in der Bundeswehr wurde damals eine radikale Abrüstung angekündigt, und ein Abbau des militärischen sowie zivilen Personals schien sicher.

Dazu kam es aber nicht mehr: Ein Verräter, der meinen Namen kannte, hatte diesen und den einiger anderer gegen Geld an westdeutsche Geheimdienste verkauft. Diese Dienste, die jahrzehntelang wenig erfolgreich gearbeitet hatten, sahen nun ihre Chance, auch in ihrem Tätigkeitsbereich den Kalten Krieg nachträglich zu gewinnen. Mit schnellen Verhaftungen und gezielten Informationen an die Presse schufen sie Fakten, wodurch eine Politik des Ausgleichs verhindert werden sollte.

Was ja letztlich gelungen ist.

Es gab durchaus vernünftige konservative Politiker, denen sehr bewusst war, dass im Kalten Krieg alles spiegelbildlich gelaufen war, und die einen fairen Ausgleich akzeptiert hätten. Aber reaktionäre Kräfte – im Bündnis mit der SPD – haben eine Gleichbehandlung mit den Spionen des Westens verhindert.

In Ihrem Strafprozess vor dem Düsseldorfer Oberlandesgericht wurden Sie zu sechs Jahren Haft verurteilt. Manche Kundschafter mussten dabei noch die bittere Erfahrung machen, dass sie von ihren ehemaligen Führungsoffizieren belastet wurden. Was waren Ihre Erfahrungen?

Ich habe nur gute Erfahrungen gemacht. Mein Führungsoffizier hat sich mutig und klug verhalten. Immerhin hatte ich mit ihm mehr als 20 Jahre auf der Basis gegenseitigen Vertrauens zusammengearbeitet. Die in langen Jahren gewachsene Freundschaft besteht auch heute noch. Im Übrigen glaube ich, dass man einige negative Beispiele nicht überbewerten sollte. Die westdeutschen Geheimdienste haben alle Tricks angewandt, um die Beteiligten gegeneinander auszuspielen. Das ist ihnen – gemessen an den Resultaten – nur sehr begrenzt gelungen.

In der Berichterstattung über die Spionage-Prozesse wurde das Thema »Agentenlohn« gern in den Vordergrund gestellt.

Richtig. Damit wollte man der Öffentlichkeit suggerieren, dass wir alle nicht aus politischer Motivation, sondern aus niederen materiellen Beweggründen gehandelt hätten. Ich meine, da spiegelt sich die bürgerlich-kapitalistische Denkweise wider, die die eigene Spionage hauptsächlich mit viel Geld betreibt. Man konnte sich nicht vorstellen, dass das auf unserer Seite anders ablief.

Also ich für meine Person konnte es mir leisten, auf jegliche finanzielle Zuwendung zu verzichten. Und ich weiß, dass viele andere Mitstreiter, die so wie ich in ihrer Position gut verdienten, ebenfalls auf eine Entlohnung verzichtet haben.

Aber natürlich war nicht jeder in einer solchen Position. Wer nur einen kleinen Job hatte (dem er sich zudem vielleicht nur mit zweiter Priorität widmen konnte), der war natürlich auf Zuwendungen und Erstattung der erhöhten Ausgaben für das Doppelleben angewiesen.

Bei den allermeisten von uns war das Geld aber nicht das Motiv für unsere Tätigkeit. Das unterscheidet uns von den Spionen des Westens!

Was hatten Sie für einen Gesamteindruck von Ihrem Gerichtsverfahren?

Es lief alles sehr routiniert ab. Ich hatte mich bereits in der Untersuchungshaft zu meiner Tätigkeit bekannt, da war im Grunde nicht mehr viel zu verhandeln. Die Richter in diesen Sondergerichten – und es sind ja Sondergerichte, die die Spionageverfahren verhandeln – sind natürlich nicht nach dem Zufallsprinzip auf ihre Posten gekommen. Es sind erprobte Antikommunisten, die per Amtseid dem westdeutschen Staat verpflichtet sind und deshalb natürlich nicht unparteiisch sein können. Da hatte ich mir auch keine Illusionen gemacht.

Mein Anwalt hatte mir vor Prozessbeginn gesagt, die Bundesanwaltschaft würde sieben Jahre Haft beantragen, das Gericht erfahrungsgemäß – um nicht als reiner Erfüllungsgehilfe der Bundesanwaltschaft dazustehen – ein Jahr darunter bleiben. Wenn ich mich höflich und korrekt verhalten würde, käme ich mit sechs Jahren davon. Genau so lief es ab. Überflüssig war nur, dass dafür sechs Verhandlungstage benötigt wurden. Das trieb die Gerichts- und die Anwaltskosten in die Höhe. Aber dieses Ritual musste wohl sein, damit die Justiz ihre Unabhängigkeit und Objektivität zelebrieren konnte.

Wie haben Sie die Haftzeit überstanden?

Das Wichtigste war, dass meine Familie – die in meine Tätigkeit nicht eingebunden war, aber jetzt die Folgen mitzutragen hatte – zu mir stand.

Von den kleinen »Knastbeamten« wurde ich mit Respekt behandelt, und bei den meisten Mithäftlingen genoss ich große Sympathie. Ich konnte vielen bei kleinen Alltagsproblemen helfen und Lebensschicksale kennenlernen, über die sich der Normalbürger keine Gedanken macht.

Wenn Sie heute vor der Situation von damals stünden: Würden Sie sich – mit dem Wissen von heute – noch einmal so entscheiden?

Solche Fragen sind natürlich unsinnig, denn niemand hat die Fähigkeit, die Zeit zurückzudrehen.

Aber Sie müssen doch Folgendes bedenken: Geschichte ist nicht determiniert, sie muss nicht zwangsläufig so verlaufen, wie sie es dann tut. Es stand damals keineswegs fest, dass der Sozialismus in Osteuropa beseitigt werden würde. In der Geschichte wirken zwar objektive Gesetzmäßigkeiten, aber gleichzeitig hängt der Verlauf manchmal auch von kleinen Dingen ab, die den Charakter von Zufällen haben. Ich vergleiche das mit der Wettervorhersage: Das Wetter entwickelt sich nach genau erforschten physikalischen Gesetzmäßigkeiten. Aber in bestimmten Situationen kann der Flügelschlag eines Vogels eine Turbulenz auslösen. Eine langfristige genaue Wettervorhersage ist deshalb nicht möglich, weil solche Zufälligkeiten nicht vorhergesehen werden können.

Ich will damit sagen: Unser Weg hätte auch zum Erfolg führen können. In der Situation nach dem schrecklichen Ende des Zweiten Weltkrieges war es legitim und vernünftig, den Aufbau einer sozialistischen Alternative in Deutschland zu versuchen. Und trotz aller Probleme und aller Fehler, die in der DDR gemacht wurden – ich will mich da gar nicht in Besserwisserei verlieren –, hätte unser Weg auch erfolgreich verlaufen können. Die Welt stünde heute besser und friedlicher da.

Ich bin mit meinem Leben nicht unzufrieden. Ich habe Privilegien – die ich niemals angestrebt hatte – verloren. Ich lebe das unsichere Leben, wie es die meisten Menschen im Kapitalismus auch leben müssen. Aber ich habe mich für eine meiner Meinung nach gute Sache eingesetzt und dabei vieles erlebt und gesehen, das den meisten Menschen verborgen blieb.

Mir bleibt die Erkenntnis, dass die Geschichte nach wie vor offen ist, und wohin sie sich entwickeln wird, hängt von den Menschen ab, die sich darin engagieren.